



Wir wären nicht die AKK-Zeitung wenn wir eine solche Steilvorlage ungenutzt ließen:

Die "Freie Wähler" melden in einem Presstext, daß zwischen Mainz und Wiesbaden eine Stadtgrenze und eine Ländergrenze existiert und evtl. sogar eine Grenze in diversen Köpfen.

Die Zusammenarbeit beider Städte, so die Freien Wähler, soll zum Wohl der Bürger verbessert werden! Bravo, das ist ein guter Standpunkt. Und wenn wir schon darüber reden, sei daran erinnert, daß das "AKK-Problem" noch nicht gelöst ist!

Wem gehören wir denn eigentlich, das ist **die** Frage, welche erstmal aufs Tapet muß, bevor man weitere Schritte macht. Freilich, die Politik sieht das anders. Die ganz Misere begann da, wo ein überheblicher Ami-General eine Stadt (Gemeint waren die Mainzer Vororte) einfach an Wiesbaden "verschenkte"...

(Wer's im Detail wissen möchte das Internet ist voll davon von Wikipedia bis zu den bekannten örtlichen Webseiten)

Die AKK-Gemeinden, besser gesagt die Bürger im relevanten Alter, haben das nicht vergessen. Die Politiker aller Couleur von damals bis heute drücken sich um Lösungen, da werden allemöglich Ausreden bemüht, man will keine juristischen Auseinandersetzungen... naja, das Gequassel kennt man ja zur Genüge, man will das, aber jenes nicht, vor allem will man sich waschen ohne sich den Pelz naß zu machen und eine Krähe... das Sprichwort ist bekannt.

Eine Bürgerbefragung 1984 die dann später eine völlig unverbindliche Meinungsumfrage gewesen sein soll, war allerdings nichts anderes als eine Vera..... der AKKler an sich und derer die teilgenommen hatten im besonderen. Wie dem auch sei, wer MZ und WI in Verbindung bringt, muß dieses Thema anpacken um glaubwürdig zu sein.

Daß es den Freien Wählern eigentlich um was anderes geht kann der geneigte Leser aus deren Presstext entnehmen und wie dem auch sei, unvernünftig sind die Ideen nicht, sie tragen den gegebenen Tatsachen Rechnung und können dem Bürger helfen leichter mit den Behörden umzugehen, beispielsweise durch kürzere Wege...

...und spätestens wenn Hessen und Rheinland-Pfalz einmal **ein** Bundesland ist und MZ und WI fusioniert haben, ist die AKK-Frage ohnehin nur noch von geschichtlicher Bedeutung..
(Stimmt´s?)

Auch lesenwert in dieser Sache der Kommentar von Herbert Fostel [HIER](#)

FREIE WÄHLER suchen gemeinsame Lösungen



Kommunalpolitik ist immer die große Herausforderung, Probleme vor der eigenen Haustür lösen zu müssen. Haustüren öffnen einerseits Wege nach draußen, andererseits begrenzen sie Wege nach innen.

„Zwischen Mainz und Wiesbaden gibt es eine Stadtgrenze, eine Ländergrenze und vielleicht auch Grenze in einigen Köpfen. Das Aufrechterhalten dieser Grenzen ist aber auf Dauer für die Bürger eine teure Angelegenheit.

In der Kommunalpolitik muss man sich bewusst machen, dass die beiden Städte vielfache gemeinsame Herausforderungen haben, die nur zu lösen sind, wenn man sie auch gemeinsam angeht“ – so Christian Bachmann aus dem Kreisverband der FREIEN WÄHLER in Wiesbaden.

Zwischen Wiesbaden und Mainz betont man gerne gelegentlich die Unterschiede. Gerade jetzt in der Fastnachtszeit wird an gegenseitigen Sticheleien von Rheinufer zu Rheinufer nicht gespart. Neben den nicht immer ernst zu nehmenden Rivalitäten und gelegentlich auftretendem Ärger übereinander zwischen „Diva und Domsgickel“ gibt es jedoch Vieles, was die beiden Landeshauptstädte verbindet.

Um gemeinsame Ideen für Strategien und Lösungsansätze für beide Städte zu entwickeln, haben die FREIEN WÄHLER Wiesbaden und Mainz den interkommunalen Arbeitskreis „Unsere gemeinsame Haustür“ gegründet.

Zu erörtern sind in diesem Arbeitskreis vor allem Probleme des Straßenverkehrs, der Umwelt sowie ebenso der regionalen Wirtschaft.

Ob Gewerbegebiet Petersweg, Verkehrsanbindung über die Autobahn oder die Schienen, ausreichende Bus- oder Bahnanschlüsse oder die Belastungen des Autoverkehrs über die Theodor-Heuß-Brücke - nur gemeinsam kann es Lösungen geben in Bezug auf den Schwerlastverkehr, eine regionale Umweltzone oder regionalpolitisch vernünftige Ansiedlung von Gewerbe.

Die Besonderheit der Wiesbadener Stadtteile Amöneburg, Kastel und Kostheim sowie die Geruchsproblematik, ausgehend von Gewerbebetrieben wie z.B. durch Nestle und Co., stehen ebenso auf der Agenda wie der Fluglärm, die zukünftige Energiegewinnung oder die Sicherung einer ausreichenden Gesundheitsversorgung.

Ausreichende kulturelle Angebote, Verminderung von gesundheitsgefährdendem Lärm, Berücksichtigung der unterschiedlichen Bedürfnisse für junge und alte Menschen, gut ausgestattete Schulen und Hochschulen und Ausbildung auch für Menschen mit Handicap sind Themen, die es zu lösen gilt.

Angesichts immer knapper werdender Gelder achten dabei die FREIEN WÄHLER vor allem auf die Finanzierbarkeit. Gemeinsames Handeln soll dabei helfen, das Geld des Bürgers vor allem sinnvoll und vernünftig auszugeben.

„Wie auch ich, arbeiten viele Menschen in der einen und wohnen in der anderen Stadt. Dass der Verkehr zwischen den Städten optimiert werden muss, steht außer Frage. Ich freue mich schon sehr auf die gemeinsame Zusammenarbeit mit Herrn Wenderoth von den FREIEN WÄHLERN in Mainz und wünsche mir natürlich gute Lösungen, die wir politisch umsetzen können“ – so Christian Bachmann weiter.

„Man sieht, es gibt Vieles, wo man handeln sollte, und wir sind uns bereits jetzt schon darüber einig, dass es Ansätze bei ÖPNV, Gesundheit, Kultur gibt, die beiden Städten nutzen können“ so Gerhard Wenderoth, 1. Vorsitzender der Mainzer FREIEN WÄHLER:

„Dass aus dem Zusammentreffen zweier Kranker noch kein Gesunder wird, ist dabei auch klar“ so Gerhard Wenderoth, aber es mache immer Sinn, interkommunale Zusammenarbeit dort zu betreiben, wo es Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger gebe.

Dazu gehören schnelle Busverbindungen als ein mögliches Ergebnis einer gemeinsamen Verkehrsstrategie, Park & Ride- Parkplätze an den Stadtgrenzen sowie die zukünftige verstärkte Bündelung von Aufgaben durch Zusammenlegung von Zuständigkeiten. Dies sind nur Beispiele für Themen, die man ansprechen wird.“